



Foto: Axel Kruschat

Die bequemen Jahre sind vorbei

Die Trockenheit nimmt über längere Zeit gesehen zu, aber wenn es dann regnet, fallen die Niederschläge größer aus. Auf beides hat sich Berlin-Brandenburg einzustellen. Der Raubbau am Wasserhaushalt auf Kosten der Natur muss schleunigst enden.

Vor 99 Jahren schloss Berlin 15 Badeanstalten an Spree und Landwehrkanal und verbot das Schwimmen in den innerstädtischen Fließgewässern. Zu sehr hatten industrielle Abwässer und Einleitungen aus der Kanalisation die Wasserqualität verschlechtert. Das Badeverbot gilt bis heute, immer noch bringen Starkregenereignisse die Berliner Mischkanalisation zum Überlaufen. Abwasser fließt dann zusammen mit dem um Straßendreck angereicherten Niederschlagswasser nicht wie sonst in die Kläranlage, sondern ungereinigt in die Spree und ihre Nebengewässer. Auch anderen Metropolen versaut die Mischkanalisation die Qualität ihrer Gewässer. Manche aber ändern etwas. Zum Beispiel Paris. Um Schwimmwettbewerbe der Olympischen Spiele 2024 in der Seine austragen zu können, baute die Stadt ein unterirdisches Reservoir für 46.000 Kubikmeter Regenwasser. Ab 2025 sollen die Pariser*innen an drei Badestellen in der Seine schwimmen können.

Um es gleich klarzustellen: Der BUND will keineswegs im Namen der Wasserqualität die Olympischen Spiele nach Berlin holen. Historisch hoch belastet, viel zu teuer und so ziemlich das Gegenteil von Nachhaltigkeit. Das Ziel jedoch, die Stadtspreewieder beschwimmbar zu machen, ist sehr sinnvoll. Allerdings reicht es nicht, ein oder mehrere große Regenwasserreservoirs zu bauen, vielmehr muss Berlin das Schwammstadt-Konzept konsequent umsetzen. Denn das hilft

nicht nur gegen das Überlaufen der Mischkanalisation, sondern auch beim zentralen Wasserproblem Berlins: der Trockenheit.

Mit Brandenburg bildet Berlin eine der bundesweit trockensten Regionen, daran ändern der Seenreichtum und ein paar Wohnviertel mit hohem Grundwasserstand nichts. Um die wachsende Bevölkerung mit Trinkwasser versorgen zu können und gleichzeitig die Stadtnatur von den Straßenbäumen über die Kleingewässer und Moore bis zu den Wäldern zu erhalten, müsste so viel Niederschlag wie möglich zurückgehalten werden. Sonst verschwindet er in der Kanalisation und letztlich in der Nordsee. Zwar wirbt seit 2018 die Berliner Regenwasseragentur für Gründächer, Regentonnen und Versickerungsflächen, doch angesichts der Problemdimension ist das nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Und die Wasserbetriebe fördern unverdrossen mehr Grundwasser, als Moore und Wälder vertragen. Damit verstößt Berlin gegen FFH- und Wasserrahmenrichtlinie, also gegen zwingendes Naturschutzrecht. Seit 28 Jahren arbeiten die Wasserwerke Friedrichshagen, Tegel, Spandau und Beelitzhof ohne förmliche Zulassung.

Probleme anpacken, nicht nur benennen

2022 hatte Rot-Grün-Rot einen „Masterplan Wasser“ mit 32 Maßnahmen verabschiedet, den auch die neue Umweltsenatorin Ute Bonde (CDU)

umsetzen will. Er analysiert durchaus die Probleme, schwächelt aber bei den Maßnahmen. Einige von ihnen sind grundsätzlich richtig, bleiben aber vage und unwirksam. So will der Plan in Dürrephasen die Wasserentnahme begrenzen, legt aber keinen Mechanismus dafür fest. Das Mischwassersanierungsprogramm geht weiter, aber mit bescheidenen Zielen – auch nach seiner Umsetzung wird die Kanalisation bei Starkregenereignissen regelmäßig in die Spree überlaufen. Andere Maßnahmen schaden der Natur, wenn die Wasserförderung intensiviert oder Optionen zur Trinkwasserversorgung Berlins aus anderen Bundesländern erkundet werden sollen – auf Kosten der dortigen Natur.

Die schönsten Masterpläne helfen nichts, wenn die Politik das Wasserproblem nicht bei seinen drei Wurzeln anpackt. Erstens schränkt die ungebremste Flächenversiegelung die Grundwasserneubildung stark ein. Deshalb braucht es eine echte Bau- und Verkehrswende: umbauen statt neu bauen, Autostraßen und Parkplätze rückbauen statt ausbauen, so viel Boden wie möglich entsiegeln. Zweitens fehlt ein System zur Grauwassernutzung. Verwendete man Dusch- und Küchenspülwasser für die Toilettenspülung, ließe sich der Trinkwasserverbrauch um mindestens 30 Prozent senken. Drittens ist der Verbrauch angesichts der begrenzten Ressourcen schlicht viel zu hoch. Dagegen helfen höhere Wasserpreise. Das bedeutet nicht, Trinkwasser zum Luxusgut zu

machen. Sehr wohl wären aber spürbare Preisanhebungen jenseits eines angemessenen Grundverbrauchs sinnvoll. Es gibt kein Grundrecht darauf, mit kostbarem Trinkwasser den Garten zu gießen oder den Swimmingpool zu füllen, während Regenwasser ungenutzt von der Dachrinne in den Abfluss läuft.

Gerechte Gebühren

Der BUND fordert: Vor allem die Großverbraucher müssen endlich angemessene Wasserpreise zahlen! In Brandenburg zahlt der größte Verbraucher, der Braunkohlekonzern LEAG, für die weit über 100 Millionen Kubikmeter Grundwasser, die er jährlich aus den Tagebauen abpumpt und mit Eisenoxyd und Sulfat verschmutzt in die Spree abgibt, exakt null Cent. Und wenn die Landwirtschaft die Oberflächengewässer anzapft, um Felder zu bewässern, tut sie das ebenfalls kostenlos.

Wer glaubt, die bisher überdurchschnittlichen Niederschläge des Jahres 2024 lösten die Trockenheitsprobleme, irrt leider. Alle Klimaprognosen sagen in den kommenden Jahrzehnten deutlich weniger Regen in der Region voraus. Gleichzeitig wird die Spree, aus deren Uferfiltrat Berlin einen Großteil des Trinkwassers fördert, nach Ende der Braunkohleverstromung wieder ihr viel geringeres natürliches Volumen annehmen. Höchste Zeit also, Berlin-Brandenburg zur wassersparenden Schwammregion umzubauen – und sich nach getaner Arbeit mit einem Sprung in die Stadtspreewieder zu belohnen. *sp*

von Carsten Preuß, Franziska Sperfeld und Julia Epp



Liebe Leser*innen,

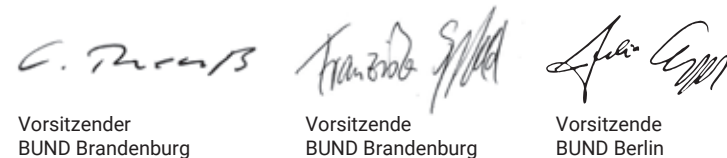
sind zwei Jahrzehnte eine lange Zeit? Wenn man den Wasserhaushalt betrachtet, der Schwerpunktthema dieser BUNDzeit ist, sicher nicht. Für eine relativ junge Organisation wie den BUND dagegen ist es eine halbe Ewigkeit.

19 Jahren lang hat Tilmann Heuser als Geschäftsführer den Berliner Landesverband mitgeprägt. Er hat dem Volksentscheid zum Erhalt des Tempelhofer Felds den vielleicht entscheidenden Schwung

verliehen und dafür gesorgt, dass Berlin statt eines simplen Radgesetzes ein umfassendes Mobilitätsgesetz bekommen hat. Immer wieder brachte er die verschiedensten Gruppen der Stadtgesellschaft an einen Tisch und versachlichte mit Daten und Fakten unzählige Diskussionen, ob live oder im Netz, als Twitter noch Twitter war. BUND-intern hat Tilmann nie den Fachleuten in ihre Arbeit reingeredet, sondern ihnen einfach Rückendeckung gegeben.

Wenn dieser homo politicus nun den BUND Berlin verlässt, hat er sich ein herzliches „Danke!“ verdient. Er hinterlässt große Fußstapfen, also genau die richtigen für Gabi Jung, die langjährige BUND-Expertin für Mobilitätsbildung.

In diesem Sinne: Leg los, Gabi, mach's gut, Tilmann – und Ihnen viel Spaß mit der aktuellen Wasser-BUNDzeit!



Vorsitzender BUND Brandenburg

Vorsitzende BUND Brandenburg

Vorsitzende BUND Berlin



Alle Jahre wieder: Niedrigwasser ist an der Elbe mittlerweile die Norm
Foto: Iris Brunar

Auen opfern für Tagebauseen?

Eine potenziell folgenschwere Idee geistert durch Ostdeutschland: Eine gigantische Leitung könnte Wasser von der Elbe zur Spree bringen. Profitieren würde davon vor allem der Braunkohlekonzern LEAG – auf Kosten der Elbauen, einer der letzten großen Auenlandschaften Europas.

Iris Brunar, BUND-Elbeexpertin: „Mit einer Überleitung von Elbewasser in die Lausitz würde das Problem schlichtweg verlagert werden. Den Auen entlang der Elbe fehlt schon jetzt das Wasser. Der Fluss erreicht die Auen nicht mehr wie früher alle ein bis zwei Jahre. Daher werden gerade kleinere Hochwasser gebraucht und können nicht abgezweigt werden. Denn sie versorgen die Lebensräume in der Aue mit Wasser.“

Die Kohlewirtschaft in der Lausitz hat den überregionalen Wasserhaushalt bis weit nach Sachsen weitgehend zerstört. Nach der Wende hätte man diese gravierenden Eingriffe beenden können, stattdessen wurden neue Tagebaue genehmigt. Um die Kohle zu fördern, muss das Grundwasser weiträumig abgesenkt werden – und um die Grundwassermassen abteilen zu können, wurde die Spree ausgebaut. Die Zeit nach der Braunkohle hatte man einfach ausgeblendet.

Nun wird klar: Der Spree steht nur noch ein Viertel des bisherigen Wassers zur Verfügung, wenn das Grundwasser nicht mehr abgepumpt und in den Fluss eingeleitet wird. Einen Rückbau der Spree auf das ursprüngliche Maß haben die Braunkohleplaner*innen niemals in Betracht gezogen. Eine nicht ganz neue, vermeintlich einfache Lösung lautet: Elbewasser über eine gigantische Pipeline in die Spree pumpen. Auch die Regierungschefs von Berlin, Brandenburg und Sachsen diskutierten Mitte Juni diese Überlegung, gestützt auf eine umstrittene Studie des Umweltbundesamtes (UBA).

Drei Varianten für Überleiter schlägt die UBA-Studie „Wasserwirtschaftliche Folgen des Braunkohleausbaus in der Lausitz“ vor. Die favorisierte Variante holt sich das Elbewasser kurz hinter der tschechischen Grenze in Bad Schandau und pumpt es mitten durch das Elbsandsteingebirge im Nationalpark Sächsische Schweiz auf eine Höhe von rund 100 Meter über der Elbe, von wo es im Gefälle 33 Kilometer zur Spree oberhalb von Bautzen läuft.

Doch die UBA-Studie, deren Verfasser eine bedenkliche Nähe zum LEAG-Konzern pflegen, hat zahlreiche Mängel. So kritisierte etwa die Hydrogeologie-Professorin Irina Engelhardt von der TU Berlin in ihrer Stellungnahme vor dem Umweltausschuss des Bundestags, die Studie verwende das Klimaszenario mit dem meisten Niederschlag, das gleichzeitig das unrealistischste sei. Auch der BUND weist darauf hin, dass die UBA-Studie veraltete Daten zum Wasserdargebot der Elbe verwendet und die Trockenheit der letzten Jahre nicht berücksichtigt. Die Elbe und ihre Auen leiden selbst seit langem unter Wasserknappheit. Seit dem Jahrhun-

derhochwasser 2013 herrschten bis Anfang 2024 lang anhaltende Niedrigwasserphasen am Strom, sodass die Auen der Mittellelbe in einem desolaten Zustand sind. Insbesondere die Hartholzwälder zeigen deutliche Folgen von Trockenstress.

Obwohl das Vorhaben vordergründig mit der Trinkwasserversorgung von Berlin begründet wird, würde in erster Linie der Energiekonzern LEAG davon profitieren, der zur Rekultivierung der Lausitzer Tagebaulandschaften verpflichtet ist. Bislang nutzte man abgepumptes Grundwasser aus den aktiven Tagebauen, um stillgelegte Gruben zu fluten. Dieses für LEAG ausgesprochen günstige Modell funktioniert nicht mehr, wenn die letzten Tagebaue bis spätestens 2038 ihren Betrieb einstellen. Statt ein vorhersehbares Problem dadurch zu beheben, dass man anderswo neue Umweltprobleme schafft, fordert der BUND echte Lösungen für den Wasserhaushalt der Region. Es darf dabei keine Denkverbote und Vorfestlegungen auf bestimmte Lösungen wie etwa die Überleitung von Elbewasser geben. Grundvoraussetzung für objek-

tive Gutachten sind freilich unabhängige Gutachter*innen.

Der BUND sagt: Während die Spree wieder ihre natürliche Form erhalten soll, müssen die Tagebaufolgeseen so gestaltet werden, dass sie als Wasserspeicher dienen. Sie müssen also tief sein und möglichst wenig Oberfläche aufweisen. Flache, ausgedehnte Seen fungieren dagegen durch die Verdunstung selbst als enorme Wasserverbraucher. Um die Belastung durch Eisenhydroxid und Sulfat zu begrenzen, muss der Abraum weiträumig gekalkt werden. Befüllt werden dürfen die Seen nur dann, wenn es Wasserüberschuss gibt, beispielsweise bei Starkregen oder Hochwasser der Spree. Damit tatsächlich der Verursacher der Schäden für die Folgekosten aufkommt, müssen Vermögenswerte der LEAG gesichert werden – und zwar rechtzeitig, solange diese noch Geld mit der Braunkohleverstromung verdient. Nicht zuletzt fordert der BUND einen vorgezogenen Kohleausstieg bis 2030. Denn das bedeutet weniger zu rekultivierende Tagebaufäche, was dem regionalen Wasserhaushalt hilft.

„Glücklicherweise hilft der Biber“

Ökohydrologin Dörthe Tetzlaff über die Fingerabdrücke von Wasserisotopen, den Naturzustand der Spree und die Bedeutung von Landschaftsmosaiken

Frau Prof. Dr. Tetzlaff, reichen die ausgiebigen Niederschläge aus dem vergangenen Herbst und Winter schon, um das Defizit von sechs Dürrejahren auszugleichen?

Dörthe Tetzlaff: Ganz klar nein. Wir haben berechnet, dass es fast vier Jahre gleichmäßig verteilten Durchschnittsjahresniederschlag bräuchte, um die Grundwasserstände nach der extremen Dürre in 2018 und dann 2022 wieder zum Normalstand zu führen. Davon sind wir noch weit entfernt. Generell sehen wir deutschlandweit und besonders in Brandenburg klimawandelbedingte negative Grundwassertrends, weil sich nicht nur die Menge, sondern vor allem die Verteilung der Niederschläge geändert hat. Klimaprojektionen sagen sogar eine weitere Verringerung von 10 bis 20 Prozent unserer Niederschläge für die nächsten Jahrzehnte vorher.

Wie lange dauert die Grundwasserneubildung?

Grundwasserneubildung in unserer Region benötigt drei bis zehn Jahre, abhängig von der Tiefe der ungesättigten Zone. Das Grundwasseralter schwankt von wenigen Jahren bis zu mehreren Jahrzehnten.

Sie entwickeln mit Ihrem Team Tracing-Methoden, um den Weg des Wassers durch Landschaft, Boden und Atmosphäre zu verfolgen. Worum geht es da?

Stabile Wasserisotope eignen sich wunderbar als Tracer, da sie Bestandteil des Wassermoleküls sind. Sie kommen also natürlich in unserer Umwelt vor und wir können sie in allen Wässern messen, ob das im Niederschlags-, Boden-, Grund-, Oberflächen- oder Pflanzenwasser ist. Wir können die Isotope wie einen Fingerabdruck des Wassers interpretieren und nachverfolgen, wo es langgeflossen ist, wie lange

es gespeichert war und wo seine Herkunftsquellen sind. So können wir etwa herausfinden, wie viel das Grundwasser zu einem bestimmten Zeitpunkt zum Wasser eines Flusses beiträgt oder wie viel Wasser von einem Niederschlag stammt, der am letzten Wochenende gefallen ist. Und wir können sehen, welches Wasser Pflanzen aufnehmen: Ist es das Niederschlagswasser des letzten Herbstes oder das vom März? Kommt es aus den oberen Bodenschichten oder aus tieferem Grundwasser? Wenn wir all das wissen, können wir besser abschätzen, wie dürreresistent Pflanzen sind.

Wie sähe die Spree unter Naturbedingungen aus? Also ohne Tagebaue, ohne Kühlwasserentnahme, ohne landwirtschaftliche Nutzung, ohne Trinkwasserförderung?

Die spannende Frage ist ja, wie weit man zurückblickt. Fangen wir 1200 an, als die ersten Slawenstämme hier siedelten und schon Gewässer kanalisiert und erste Moore entwässerten? Geht man zurück vor die Zeit Friedrichs des Großen, der sehr weiträumig entwässern ließ und Kanalisationssysteme anlegte? Auf jeden Fall wäre und ist die Spree ein grundwasserdominiertes, langsam fließendes Gewässer, ein Tieflandfluss mit sehr geringen topografischen Gradienten, mit generell geringer Hochwassergefahr. Wir hätten wesentlich mehr Feuchtgebiete im oberen Einzugsgebiet und weite Uferzonen entlang des gesamten Flusses, was die Speicherkapazität der Landschaft enorm erhöht und damit auch den Wasserrückhalt und die langsame Abgabe des Wassers.

Es ist oft die Rede von der Schwammstadt Berlin. Bräuchte man nicht auch ein Schwammland Brandenburg? Und wie würde so eine Landschaft aussehen?

Ich persönlich bevorzuge den Begriff Speicher, weil Schwamm etwas Negatives hat. Da denken die Menschen häufig an schmutzig riechende Schwämme. Aber das Konzept ist natürlich das gleiche. Wie können wir angesichts des geringen Niederschlags, den wir in Berlin und Brandenburg haben, die Infiltrations- und Grundwasserneubildungsraten erhöhen, Wasser in der Landschaft speichern und gleichzeitig die Verdunstungsverluste minimieren? Wir brauchen die richtige Kombination von Landnutzungs mosaiken. Das bedeutet: weg von den ausgedehnten Monokulturen der Land- und Forstwirtschaft.

Weitere Punkte sind neben den Feuchtgebieten und Auen, von denen wir so viele wie möglich renaturieren sollten, die landwirtschaftlichen Gräben. Die müsste man teilweise wieder schließen, um das schnelle Ableiten des Wassers von den Feldern zu unterbinden. Es gibt ein häufiges Missverständnis. Man denkt, Brandenburg hat diese sandigen Böden, die Wasser aufnehmen wie ein Schwamm. Aber viele dieser Böden haben starke hydrophobe, also wasserabweisende Charakteristiken. Das bedeutet, wenn wir immer mehr Starkregeneignisse mit sehr hohen Niederschlagsmengen in sehr kurzer Zeit erleben, ist die Infiltrationskapazität schnell überschritten. Selbst auf Sandböden sehen wir dann verstärkt Oberflächenabfluss, das Wasser läuft schnell in die Gräben und dann in die Flüsse. Außerdem ist es sehr wichtig, begradigte Flüsse und Bäche zu renaturieren, wo es möglich ist. Dabei hilft glücklicherweise der Biber.

Und im städtischen Bereich?

Auch da kommt es auf das Mosaik an, also man sollte zum Beispiel in den städtischen Grünflächen nicht nur auf Bäume, sondern auf eine Kombination von Grasflächen, Büschen, Sträuchern und Bäumen verschiedenen Alters

und verschiedener Arten setzen. Ganz wichtig ist es, neue Wohngebiete nicht unmittelbar an die Kanalisation anzuschließen, sondern vor Ort Versickerungs- und Speichermöglichkeiten zu schaffen. Das passiert zum Glück in Berlin mehr und mehr.

Muss sich mit dem zurückgehenden Wasserdargebot der Spree der Umgang mit den Abwässern ändern, muss man wieder die Felder berieseln, weil es weniger Wasser zur Verdünnung gibt?

Die Technologien zur Abwasserbehandlung verbessern sich ständig, das hilft enorm. Die Riesefelder im Norden Berlins werden auch wieder aktiver genutzt. Zusätzlich gibt es viele neue naturbasierte Lösungen, etwa Speicherbecken und Versickerungsmöglichkeiten. Aber Sie fragen ja, was geschieht, wenn kein Wasser aus den Tagebauen mehr in Richtung Berlin fließt. Ich denke, wenn das Pumpen in der Lausitz erst einmal aufhört, ist zumindest das Potenzial da, dass sich der Grundwasserspiegel erholt und wir uns der natürlichen Wasserbilanz der Spree nähern.

Die Frage ist: Wie überstehen wir die Periode, bis die Tagebauseen gefüllt sind? Vor Beginn des Kohleabbaus herrschte in der Region weniger Bevölkerungsdruck. Und dass jetzt Großindustrieanlagen südlich von Berlin zugelassen werden, ist schon heikel. Es hatte ja einen Grund, warum früher alle Betriebe im Norden angesiedelt waren. Und wir sollten auch nicht vergessen, was die Einzelnen tun können: bewusster mit unserem Wasser umgehen und weniger verbrauchen, sei es im Haushalt, im Garten, in der Landwirtschaft, in der Industrie. Und es gilt mehr recyceltes Wasser zu nutzen.

Das Interview führte Sebastian Petrich

Zur Person



Foto: David Ausserhofer

Dörthe Tetzlaff ist seit 2017 Professorin für Ökohydrologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und Leiterin der Abteilung Ökohydrologie und Biogeochemie am IGB Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei. Davor war sie über zehn Jahre lang Professorin an der Universität in Aberdeen, Schottland.

www.igb-berlin.de/profile/doerthe-tetzlaff

INFO UND MITMACHEN

Kleingewässerreport

Im vierten und letzten Kleingewässerreport nimmt der BUND die Kleinsen von Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte, Spandau und Treptow-Köpenick unter die Lupe. Seit 2020 wurden 590 natürliche oder künstliche Gewässer mit einer Oberfläche von weniger als einem Hektar begutachtet. Ergebnis: Ein Drittel war fast oder vollständig ausgetrocknet.
www.BUND-berlin.de/kleingewaesser

Seenreport

17 Seen, die in ihrer Verschiedenheit die Gewässervielfalt Brandenburgs repräsentieren, hat der BUND im Seenreport porträtiert. Fast alle leiden unter sinkenden Grundwasserspiegeln, einige auch unter bedrohlich gestiegenen Nährstoffgehalten.
www.BUND-brandenburg.de/seenreport

Masterplan Wasser

Was ist von den 32 Maßnahmen im Masterplan Wasser des Berliner Senats zu halten? Der BUND hat eine Einschätzung vorgenommen.
www.BUND-berlin.de/masterplan-wasser

Lebendiges Grundwasser

Versiegelung, Verschmutzung, unterirdische Bauten: Das urbane Grundwasser und seine Lebewesen stehen unter Stress. Ein BUND-Projekt untersucht diese Prozesse und setzt dabei auf die Mithilfe engagierter Bürger*innen. Werden auch Sie Grundwasserpat*in!
www.charmant-grundwasser.de

AK Wasser

Trockenheit, Fischsterben, Blaualgen, Badeverbote, Wasserversorgung in Zeiten der globalen Erhitzung und bergbaubedingte Sulfatbelastung: Mit all diesen Themen beschäftigt sich der Arbeitskreis Wasser beim BUND Berlin.

Ob mit oder ohne Vorkenntnisse – alle Wasser-Freund*innen sind herzlich eingeladen mitzumachen. Die AK-Treffen finden jeden zweiten Monat, jeweils am dritten Montag des Monats in der BUND-Landesgeschäftsstelle (Crellestraße 35, Schöneberg) statt. Interessiert? Kontaktieren Sie AK-Sprecher Jochen Hoffert: akwasser@BUND-berlin.de

Elbe erleben

Das Biosphärenreservat-Zentrum Burg Lenzen an der Elbe organisiert in diesem Spätsommer und Herbst ein kurzweiliges Programm rund um Auen- und Flussnatur.

- Buhnen-Bootstour **18.8., 11 Uhr**
- Magerbeete anlegen **23.8., 16 Uhr**
- Flusspolitische Bootsfahrt **25.8., 16 Uhr**
- Bootstour in die Auen **30.8., 17 Uhr**
- Staudenbörse **31.8., 14 Uhr**
- Fledermaus: Vortrag, Exkursion **31.8., 18 Uhr**
- Stadtrundgang Lenzen **30.9., 14 Uhr**
- Vogel-Bootsfahrt **6.9., 16:30 Uhr**
- Herbstfrüchte-Spaziergang **7.9., 11 Uhr**
- Boot-Lesung Uwe Rada **14.9., 17 Uhr**
- Ufer-Radtour **20.9., 10 Uhr**
- Auf dem Bürgerforschungsschiff **26.9., 16 Uhr**
- Kranich-Wanderung **11.10., 17:45 Uhr**
- Auwaldpflanzen schützen **19.10., 10 Uhr**
- Vogelzug-Wanderung **8.11., 15 Uhr**
- Führung durchs Grüne Band **15.11., 15 Uhr**
- Kopfweidenpflege **16.11., 10 Uhr**

Details und Anmeldung unter www.burg-lenzen.de

Letzte Chance für Brandenburg

Der BUND ruft dazu auf, bei der Landtagswahl jene Parteien zu wählen, die glaubhaften Klimaschutz betreiben

Machen wir uns nichts vor: Die Lage ist ernst. Bei der Landtagswahl am 22. September können die extrem rechten Kräfte stark werden. Jene Kräfte, die die Gesellschaft spalten, Menschenfeindlichkeit salonfähig machen, mit Diktaturen sympathisieren, die freiheitlich-demokratische Grundordnung aushöhlen, Wissenschaft ablehnen, die menschengemachte globale Erhöhung leugnen. Es ist die Pflicht aller Demokrat*innen, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen. Das heißt aber nicht, die Leistung der derzeitigen Landesregierung unkritisiert zu lassen.

In Sachen Klimaschutz ist die rot-schwarz-grüne Koalition deutlich unter ihren Möglichkeiten geblieben. Fast eine Legislaturperiode hat sie gebraucht, um einen Klimaplan aufzustellen, den Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) um ein Haar persönlich gestoppt hätte. Die Koalition hätte etliche Gesetze anpacken müssen, um Brandenburg an die zu erwartenden Klimawandelfolgen anzupassen. Zum Beispiel an die Trockenheit, die den Wald in seiner bisherigen Form bedroht. Die grundsätzliche Notwendigkeit, den Wald hinsichtlich Arten und Altersklassen umzubauen, ist zwar weitgehend Konsens. Aber sobald es konkret wird, beginnen die Blockaden. So wurde Umweltminister Axel Vogel (Grüne) bei seinem Versuch auszubremst, das Jagdgesetz so zu novellieren, dass die Bäume bei der Naturverjüngung bessere Chancen haben, nicht vom Wild aufgefressen zu werden. Andere Vorhaben wie ein

Wald- oder ein Wassergesetz ging die Landesregierung erst gar nicht an.

Der Naturschutz erfuhr einen gewaltigen Rückschritt, als SPD und CDU Ende 2022 in letzter Sekunde ein Gesetz zum Insektenschutz kippten, das aus dem Dialog mit Landnutzer*innen und Naturschutzverbänden entstanden war. Nun darf weiterhin auch in Naturschutzgebieten und in Gewässernähe gespritzt und gedüngt werden, sehr zur Zufriedenheit des Bauernverbands. Nach dieser Erfahrung war die Skepsis groß, ob das ebenfalls im Dialogverfahren entstandene Mobilitätsgesetz Wirklichkeit werden würde. In diesem Fall haben die Regierungsfractionen im Frühjahr 2024 Wort gehalten: Pluspunkt.

Eindeutig negativ ist die rot-schwarz-grüne Bilanz im Umgang mit den Braunkohletagebau-Folgelandschaften, genauer gesagt: im Umgang mit dem Verursacher der Schäden, dem Energiekonzern LEAG. Sie hat weder Sicherheitsleistungen für die Nachsorge der Tagebaue festgelegt noch unabhängig überprüfen lassen, ob LEAG die grundsätzliche Notwendigkeit bildet. Das müsste eine der ersten Amtshandlungen der nächsten Landesregierung sein. Wie auch immer sie zusammengesetzt sein wird, muss sie deutlich machen, dass Klimapolitik auch Sozialpolitik ist – was nützt es, über Strompreise zu klagen, wenn das Wasser im Land knapp wird? Die nächste Landesregierung hat noch einen gewissen Handlungsspielraum, sie muss ihn aber auch nutzen. sp

Mehr Weitblick bitte: Wer braucht denn noch mehr Fläche für Büros und Einzelhandel?
Foto: Sebastian Petrich



Das Schneller-Krötentöten-Gesetz

Mit dem „Schneller-Bauen-Gesetz“ gaukelt Schwarz-Rot Handeln vor. Es macht Naturschutz zum Sündenbock, schafft aber keine bezahlbaren Wohnungen.

Genau genommen handelt es sich bei dem von der Stadtentwicklungssenatsverwaltung unter Christian Gaebler (SPD) ausgearbeiteten Vorschlag um ein Maßnahmenbündel, das Änderungen in mehreren Gesetzen zusammenfasst. Sein Ziel, den Wohnungsbau durch vereinfachte Abläufe zu beschleunigen, wird er nach Auffassung des BUND aber verfehlen, weil er Unklarheiten beim Artenschutz schafft. Wird der Entwurf so Gesetz, werden die Naturschutzverbände häufiger als bisher juristische Schritte einleiten müssen. Folge: größere Verzögerungen.

Dabei kommt es bei einem mehrjährigen Planungsverfahren überhaupt nicht auf zwei Wochen an.

Viel Ärger dürfte auch die vorgesehene Genehmigungsfiktion bereiten. Wenn die Bauaufsichtsbehörde nicht bis spätestens einen Monat nach Einreichung der vollständigen Unterlagen über den Bauantrag entscheidet, gilt er als genehmigt. Das kann nur funktionieren, wenn die Behörde ausreichend personell und fachlich ausgestattet ist. Da das unwahrscheinlich ist, wird sie in der Praxis dazu neigen, Anträge als unvollständig abzuweisen, um sich Zeit zu verschaffen. Grundsätzlich entstehen durch die Genehmigungsfiktion erhebliche Rechtsunsicherheiten bis zum Risiko zurückgenommener Verwaltungsakte und daraus resultierender Entschädigungsansprüche, wenn eine Behörde hätte zwingend Stellung nehmen müssen, dies aber nicht tat.

Den Gesetzesentwurf hat der Senat Anfang Juni beschlossen. Nach Ende der Sommerpause wird das Abgeordnetenhaus darüber abstimmen. Der BUND fordert die schwarz-roten Parlamentarier*innen auf, die Bedenken der Naturschutzverbände ernst zu nehmen und das „Schneller-Bauen-Gesetz“ entsprechend zu ändern. Andernfalls riskieren sie, ein Gesetz zu verabschieden, das keine einzige bezahlbare Wohnung mehr schafft, dafür aber geschützte Biotop vernichtet. Da weiterhin das Bundesnaturschutzgesetz gilt, drohen somit komplizierte, langwierige Verfahren, um Rechtssicherheit herzustellen. sp

Besonders die Änderungen des Berliner Naturschutzgesetzes sind problematisch. So soll sich die Baugenehmigungsbehörde künftig mit der zuständigen Naturschutzbehörde nicht mehr ins Einvernehmen, sondern nur ins Benehmen setzen. Die Bauaufsicht kann etwaige Einwände also einfach übergehen. Wenn man die Fachkompetenz der Naturschutzämter in den Bezirken ignoriert, riskiert man jedoch, geschützte Arten zu übersehen. Das kann, wenn es herauskommt, zu unerwarteten Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen führen, die das Bauen jahrelang verzögern. Wenn es nicht herauskommt, drohen geschützten Fledermäusen, Amphibien oder Vögeln Habitatverlust oder direkte Vernichtung.

Eine weitere Änderung des Naturschutzgesetzes richtet sich direkt gegen die anerkannten Naturschutzverbände. Statt wie bisher vier Wochen sollen sie nur noch zwei Wochen Zeit haben, um zu beantragten Ausnahmegenehmigungen Stellung zu nehmen. Dies erschwert oder verunmöglicht eine fachlich fundierte Stellungnahme.



Positionspapier der Naturschutzverbände zum „Schneller-Bauen-Gesetz“:
www.BUND-berlin.de/schneller-bauen-gesetz



Ebenfalls mehr Weitblick bitte: Am Parsteiner See schon reichlich vorhanden, bei der aktuellen Landesregierung noch nicht
Foto: Sebastian Petrich

INFO

Schiene vor TVO

14 Verbände und Initiativen, darunter der BUND, haben sich zum Bündnis „Schiene vor TVO“ zusammengeschlossen. Gemeinsam wollen sie die sogenannte Nahverkehrstangenten (NVT) retten, die seit Jahren geplante, aber nie realisierte S- oder Regionalbahnstrecke zwischen Springfuhl und Grünauer Kreuz. Ihr macht ein Schnellstraßenvorhaben die benötigte Fläche streitig: die Tangentialverbindung Ost (TVO). Wird die TVO wie geplant Realität, ist das das Aus für die NVT.
www.BUND-berlin.de/schiene-vor-tvo

Zu Fuß zur Kita und zur Schule

In der europäischen Mobilitätswoche (16.–22.9.2024) veranstalten viele Kitas und Schulen Aktionen rund um die sichere und umweltfreundliche Bewegung von Kindern in der Stadt. Wollen auch Sie mit Ihrer Einrichtung mitmachen? Der BUND unterstützt Sie dabei.
www.mobilitaetsbildung-berlin.de

Allee des Jahres

Der BUND sucht per Fotowettbewerb die schönste Allee Deutschlands. Einsendeschluss: 16.9.2024.
www.allee-des-jahres.de

Bauwende jetzt!

Während bezahlbare Wohnungen immer knapper werden, geht der Abriss von Wohnhäusern zu Spekulationszwecken in Berlin weiter. Dieser Neubau verdrängt nicht nur Menschen aus ihren Kiezen, sondern ist mit seinem großen CO₂-Fußabdruck auch ein gewaltiges Klimaproblem. Das will die Volksinitiative Bauwende stoppen. Sie fordert unter anderem ein Leerstandskataster, Nutzung statt Abriss und Neuversiegelung sowie ein CO₂-Budget für Gebäude. Bis Ende Oktober werden Unterschriften gesammelt.
www.klimaneustart.berlin



Das unbebaute Tempelhofer Feld bietet Weitblick wie kaum ein anderer frei zugänglicher Ort in Berlin
Foto: Sebastian Petrich

Randbebauung als Rache

Zehn Jahre nach dem Volksentscheid zur Nichtbebauung des Tempelhofer Felds versucht der Senat, die Geschichte zurückzudrehen. Das hat wenig mit Wohnungsknappheit, aber viel mit Populismus und verletztem Stolz zu tun.

Eines muss man SPD und CDU lassen: Sie haben nie einen Hehl daraus gemacht, das durch den Volksentscheid 2014 zustande gekommene Tempelhofer-Gesetz rückgängig machen zu wollen. Hätten die beiden Parteien nach den Abgeordnetenhauswahlen von 2016 oder 2021 eine gemeinsame Mehrheit erhalten, so hätte sich mit Sicherheit auch damals schon die Formulierung in ihrem Koalitionsvertrag gefunden, man wolle angesichts der Wohnungsnot das Tempelhofer Feld bebauen. Selbstverständlich nur „behutsam“, was auch immer damit gemeint ist, und nur am nicht weiter definierten „Rand“. Offensichtlich haben beide Parteien noch eine offene Rechnung mit dem freien Feld und sinnen auf Vergeltung für den als Niederlage empfundenen Volksentscheid.

Wie die im Koalitionsvertrag von 2023 angekündigte „Neubewertung durch die Berlinerinnen und Berliner“ konkret aussehen soll, bleibt nebulös. Nach wie vor sieht die Landesverfassung keine von Regierung oder Parlament veranlassten Volksentscheide vor. Wie will die CDU-SPD-Koalition eine Zweidrittelmehrheit bekommen, um das zu ändern? Ob eine von der SPD ins Spiel gebrachte, mit einfacher Mehrheit zu beschließende „konsultative Volksbefragung“ verfassungskonform wäre, ist alles andere als sicher. Doch darüber reden die schwarz-roten Koalitionär*innen nicht so gern.

Stattdessen haben sie eine angeblich ergebnisoffene „Dialogwerkstatt“ initiiert, in der 275 zufällig ausgeloste Bürger*innen ihre Vorstellungen über die Zukunft des Tempelhofer Felds artikulieren sollen. Zu welchen Ergebnissen die Werkstattteilnehmer*innen kommen, ist aber egal, denn in jedem Fall will der Senat anschließend einen internationalen Bauwettbewerb ver-

anstellen. Die „Dialogwerkstatt“ redet bestenfalls über das Wie, nicht über das Ob. Da sie die wichtigste Frage ausschließt, nämlich ob das Feld überhaupt bebaut werden soll, gibt sie sich als Fake-Beteiligung, als Alibi-Dialog zu erkennen.

Genügend Wohnungen auch ohne Tempelhofer Feld

Ginge es SPD und CDU tatsächlich um eine Diskussion der „gesamstädtischen Bedarfe“, wie es Bausenator Christian Gaebler (SPD) behauptet, so müssten sie darüber sprechen, was wirklich schnell und verlässlich Wohnraum schafft. Die Daten könnten sie direkt aus Gaeblers Haus bekommen, denn seine Fachleute haben bei ihrer Arbeit am noch nicht veröffentlichten Stadtentwicklungsplan Wohnen 2040 (StEP Wohnen) Flächenpotenziale für 249.000 Wohnungen identifiziert, und das ohne Tempelhofer Feld. Den Bedarf an zusätzlichen Wohnungen bezifferte der StEP Wohnen auf 222.000. Und wie viele Wohnungen soll die „behutsame Randbebauung“ bringen? Gerade einmal 5.000.

Wer das Tempelhofer Feld als Lösung für die Wohnungsnot verkauft, streut den Leuten Sand in die Augen. Oder betreibt Populismus. Wie sonst sollte man es nennen, wenn Politiker*innen mantraartig immer wieder die gleichen vermeintlich einfachen Lösungen präsentieren, die keinem ernsthaften Faktencheck standhalten, mit denen sie aber verlässlich billigen Beifall bekommen? Das Tempelhofer Feld ist längst Spielball des Kulturkampfes geworden, der die Gesellschaft entlang diverser Linien spaltet. Daran sind Vertreter*innen der Berliner Regierungsparteien nicht ganz unschuldig, beteiligen sie sich doch gern an dem Spiel, die Bezirke innerhalb und außer-

halb des S-Bahnringes gegeneinander auszuspielen. Die große Freifläche dient dabei als Projektionsfläche. Sie steht stellvertretend für die tendenziell grün wählende, weltfremde, ideologiesteuerte, Lastenradbesitzende Innenstadtelite, die Geld wie Heu hat, obwohl ihr Arbeit ein Fremdwort ist, und die sämtliche Diskurse dominiert, obwohl sie doch nichts kapiert. Ihr gegenüber stellen die Populist*innen die fleißigen Menschen aus den Außenbezirken, die morgens aufstehen und arbeiten – gern verkörpert durch die mobilitätseingeschränkte Krankenschwester, die auf dem Weg zur Nachtschicht regelmäßig eine Waschmaschine transportieren muss, aber dank grüner Bevormundung in den Innenstadtdistrikten keinen Parkplatz findet. Die unausgesprochen mitschwingende Botschaft in der Tempelhofer-Diskussion lautet: „Es ist nur gerecht, wenn wir den Innenstadt-Hippies ihren Spielplatz wegnehmen.“

Feldbesucher*innen wollen spazieren gehen, Ball spielen, Kindergeburtstag feiern, ihre Ruhe haben oder einfach mal einen weiten Horizont sehen. All das geschieht problemlos nebeneinander. Das Tempelhofer Feld hat längst eine gesamtstädtische Funktion; es ist alles Mögliche, aber keine ungenutzte Brache, die – natürlich „behutsam“ – entwickelt werden müsste.

Aus ökologischer Sicht ist die größte innerstädtische Freifläche ohnehin etwas Besonders. Sie muss nicht bewaldet sein, um als Kaltluftgenerator zu funktionieren. Wichtig ist, dass sie nicht versiegelt ist. Eine Randbebauung, egal wie behutsam, würde diesen Effekt zerstören. Da große offene Wiesenlandschaften selten geworden sind, spielt das Tempelhofer Feld für die Artenvielfalt eine wichtige Rolle. Vor allem im inneren Bereich, der teilweise eingezäunt und für Menschen nicht zu betreten



Brache? Ganz im Gegenteil!

Dass die Realität wesentlich komplexer ist, könnten die Populist*innen jeden Tag auf dem Tempelhofer Feld erleben. Prekär lebende Menschen aus dicht bebauten Innenstadtkiezen treffen beim Familienpicknick auf wohlhabende Sportbegeisterte aus den Randbezirken, manche sind jung, andere sind alt, viele etwas dazwischen. Die

ist, leben Wildbienen und geschützten Vogelarten wie Steinschmätzer, Feldlerche, Neuntöter, Braunkehlchen und Graumammer. Wenn der äußere Bereich bebaut wird, verlagern sich die menschlichen Aktivitäten zwangsläufig weiter nach innen, zum Schaden von Flora und Fauna.

Das Tempelhofer-Gesetz hat keine Ewigkeitsklausel. Wie alle anderen Gesetze kann es geändert werden. Wenigstens sollte man die Diskussion aber ehrlich führen. Nichts spricht dafür, dass eine wie auch immer geartete Bebauung des Tempelhofer Felds die Wohnungsnot Berlins lindern kann, schon gar nicht in absehbarer Zeit. Alles spricht dafür, dass es sich um eine einzigartige, unersetzbare Fläche mit vielfältigen Funktionen für Umwelt, Natur und Stadtgesellschaft handelt. Leider wird das erst dann zum Allgemeinwissen gehören, wenn das Feld in seiner heutigen Form nicht mehr existiert. Aber noch ist es längst nicht so weit. sp

Auch 16 Jahre nach der Flughafenstilllegung ist kein Nachnutzungskonzept für das Flughafengebäude in Sicht
Foto: Sebastian Petrich

MITMACHEN

Mitgliederversammlung Berlin

Die jährliche Mitgliederversammlung des BUND Berlin findet am **Freitag, 15.11.2024 um 17 Uhr** statt. Ort: **bUm** – Raum für die engagierte Zivilgesellschaft, Paul-Lincke-Ufer 21, Berlin-Kreuzberg.

Die ausführliche Einladung liegt dieser BUNDzeit bei.
www.bund-berlin.de/mitgliederversammlung

Geselliger BUND-Treff

Eine perfekte Gelegenheit, um sich über die Arbeit des BUND zu informieren und miteinander ins Gespräch zu kommen. **17.9.2024, 18 Uhr**, BUND-Landesgeschäftsstelle, Crellestraße 35

LDV Brandenburg

Die diesjährige Landesdelegiertenversammlung findet am **19. Oktober ab 10 Uhr** in Potsdam, Bürgerhaus am Schlaatz, Schilffhof 28, statt.
www.BUND-brandenburg.de/ldv2024



BUNDjugend

YOUNG FRIENDS OF THE EARTH

Politik erleben!

Tim Hesse, FÖJler bei der BUNDjugend Berlin

Am 27. Juni 2024 hat der Arbeitskreis Teens zusammen mit anderen Aktiven der BUNDjugend Berlin mit MdB Stefan Gelbhaar (B90/Grüne) über seinen Alltag, die Berliner Verkehrspolitik und den Rechtsruck gesprochen. Im Rahmen unseres Jahresthemas „Europawahl 2024“ wollten wir ein bisschen mehr in die deutsche Politik eintauchen und sind durch diverse Wahlplakate auf Stefan Gelbhaar aufmerksam geworden. Vor dem Gespräch mit ihm haben wir außerdem eine Plenarsitzung des Deutschen Bundestags besucht.

Besuch im Deutschen Bundestag

Am Reichstagsgebäude angekommen, mussten wir erst einmal die Sicherheitskontrolle durchlaufen. Anschließend wurden wir abgeholt und zur Besuchertribüne des Plenarsaals geführt. Das alles war sehr aufregend, vor allem für die von uns, die noch nie zuvor den Bundestag besucht hatten. Im Wartebereich konnten wir einen ersten Blick in den Plenarsaal werfen. Nach einer ausgiebigen Suche nach bekannten Gesichtern im Plenum und einer kurzen Belehrung über die Verhaltensregeln für Besucher*innen konnten wir endlich auf der Tribüne Platz nehmen. Es war die 178. Sitzung des Deutschen Bundestages und wir haben die Tagesordnungspunkte 13 „Bundeswehreinsetzung in Kosovo (KFOR)“ und 14 „Entlastung der Landwirtschaft“ live mitverfolgen können. Die mal weniger, mal mehr unterhaltsamen Redebeiträge, die spannungsgeladene Atmosphäre und die beeindruckende Ästhetik des Plenarsaals haben einen nachhaltigen Eindruck bei uns hinterlassen. Auch wenn es nicht immer leicht war, jede Reaktion zu unterdrücken, so wie es die Verhaltensregeln vorschreiben, hat es trotzdem Spaß gemacht, den Redner*innen zuzuhören. So verging

die Zeit im Fluge und wir mussten den Plenarsaal nach einer knappen Stunde schon wieder verlassen. Nachdem wir uns ausgetauscht hatten, um das gerade Erlebte zu verarbeiten, führte uns ein Mitarbeiter von Stefan Gelbhaar zu dem Raum, wo das Gespräch mit ihm stattfinden sollte.

Gespräch mit MdB Stefan Gelbhaar

Stefan Gelbhaar ist seit 2017 Abgeordneter des Deutschen Bundestages. 2021 errang er im Wahlkreis Berlin-Pankow ein Direktmandat, das mit der Wiederholungswahl 2024 bestätigt wurde. Heute ist er verkehrspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, außerdem ordentliches Mitglied im Verkehrsausschuss und stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss sowie im Ausschuss für Digitales.

Gleich zu Beginn des Gesprächs hat er sich uns als „Stefan“ vorgestellt. Das fanden wir sehr sympathisch und nahbar. Auf die Frage, wie er zur Arbeit kommt, sagte er uns, er fahre Fahrrad und Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Die Arbeit im Verkehrsausschuss sei hauptsächlich dadurch geprägt, dass im Zuge neuer Gesetzesinitiativen der Regierung eine tiefe inhaltliche Auseinandersetzung stattfindet und die Opposition Anträge stelle, um die Arbeit der Regierung transparent zu machen. Deshalb setze er sich dafür ein, die Ausschusssitzungen, ähnlich wie die Plenarsitzungen, öffentlich zu machen. Das würde die Debatten im Bundestag verbessern, da die Abgeordneten sich mehr auf den Meinungsaustausch fokussieren könnten, statt den Kontext der Debatten zu erläutern.

Dann wollten wir von Stefan Gelbhaar wissen, was seine Zukunftsvision für die Mobilität in Berlin ist. Darauf antwortete er differenziert und hob

die strukturellen Gegebenheiten der Stadt hervor: Berlin sei dezentral organisiert und habe mehrere voneinander getrennte Stadtkerne, zum Beispiel Spandau. Deshalb sei die Forderung nach autofreien Innenstädten für Berlin nicht realisierbar. Stattdessen halte er die Idee der Kiezblöcke für eine gute Lösung. Des Weiteren verwies Stefan auf den in Berlin vergleichsweise gut ausgebauten ÖPNV. Es brauche aber trotzdem mehr und bessere Radwege und einen dichter getakteten ÖPNV, um den Menschen den Umstieg weg vom Individualverkehr zu erleichtern. Auch das Carsharing soll Stefan zufolge eine Schlüsselrolle spielen. Denn dadurch könnten die Autos in der Stadt auf ein Siebteil des jetzigen Bestands reduziert werden. Außerdem sei es oberste Priorität, die Klimaneutralität des Verkehrs voranzutreiben. Die Dekarbonisierung von Autos und Bussen sei deshalb sehr wichtig.

Zum Thema Rechtsruck meint Stefan, die Atmosphäre im Bundestag sei rauer und unfreundlicher geworden, seit die AfD eingezogen ist. Und genau wie wir findet er es schockierend, wie viele Stimmen die zum Teil rechtsextremistische Partei bei den Europawahlen bekommen hat. Alle von uns hätten mittlerweile mindestens eine Person im Familienkreis, die die AfD gewählt hat oder wählen würde. Deshalb sei es aber umso wichtiger, mit diesen Menschen zu reden und sie für die Demokratie zurückzugewinnen.

Insgesamt war der Tag für uns ein sehr besonderes Erlebnis. Für mich ist es ein Privileg, hinter die Kulissen unserer Demokratie blicken zu können. Alle, die diese Chance noch nicht genutzt haben, sollten das unbedingt nachholen und sich dafür einsetzen, dass dieses Privileg auch für die nachfolgenden Generationen erhalten bleibt!



Nicht nur der Architektur wegen lohnt sich ein Besuch im Bundestag



Der BUNDjugend-Arbeitskreis Teens im Reichstagsgebäude ...



... und mit dem grünen Bundestagsabgeordneten Stefan Gelbhaar

TERMINE

Brandenburg

Naturpädagogik-Fortbildung

Dieses Modul fokussiert sich auf die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Natur. Auch für Lehrer*innen, Erzieher*innen und Quereinsteigende geeignet. 27. 9. – 29. 9. 2024

Familien-Wildniscamp

Mit der Familie in der Natur! Gemeinsam über dem offenen Feuer kochen, Kanu fahren und einfach die Seele baumeln lassen. 3. 10. – 6. 10. 2024

Herbst-Wildniscamp

Geländespiele, Redekreise und stille Momente im Naturerlebnishof Uferloos: Lerne Feuer entzünden und darauf kochen, schnitzen und dich warm halten. 12–16 Jahre, 285 € (225 € für Mitglieder). 20. 10. – 29. 10. 2024

Berlin

Rechtsextremismus

Dieser Workshop informiert über Rechtsextremismus im Umwelt- und Naturschutz und zeigt Handlungsmöglichkeiten. Jetzt anmelden! 28. 09. 2024

Jugendbegegnung Move2Change

Mit einer französischen und einer italienischen Jugendgruppe tauschen wir uns über den Einfluss von Ernährung und Nahrungsmittelproduktion auf die Klimakrise aus. 1. 10. – 9. 10. 2024

BUNDJugend-Bar

Hier kannst du dich in einer lockeren Runde mit anderen jungen Menschen austauschen und vernetzen. 4. 10. 2024 und 1. 11. 2024

Herbstferien im Wald

Gemeinsam mit Naturpädagog*innen von Wildwärts erkunden die Kinder die Natur rund um das Stadtgut Blankenfelde. Für Kinder von 8 bis 12 Jahre. 21. 10. – 25. 10. 2024

Juleica-Schulung

Wir geben dir die wichtigsten Methoden für die Arbeit mit Gruppen mit auf den Weg: Hol dir die Jugendleiter*in-Card! 2./3. 11. 2024, 16./17. 11. 2024, 30. 11./1. 12. 2024

Weitere Termine und alle Infos findest du unter:

www.BUNDjugend-brandenburg.de/termine
www.BUNDjugend-berlin.de/termine



Von See zu See im Lychener Land

Eine Sommerradtour durch die uckermärkische Seenlandschaft von Fürstenberg nach Templin

Kurz nach dem Start am Bahnhof Fürstenberg, kurz bevor wir in die Waldweiten der Uckermark eintauchen, kommt die Erinnerung, dass wir in einem Land mit einer sehr dunklen Vergangenheit leben. Wir radeln durch die Dorfstraße von Ravensbrück, zur Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Ravensbrück ist es nur ein sehr kleiner Abstecher (geöffnet 10 bis 16 Uhr, Montag geschlossen). Im weiteren Verlauf werden wir einen zweiten Ort passieren, der mit den Verbrechen der Nazizeit verbunden ist. Aber zunächst geht es auf die Lychener Chaussee (L 15), um nach einem Kilometer auf das Sträßchen Am Thymensee nordwärts abzuzweigen.

Schon kurz darauf bietet sich ein weiterer Abstecher an, wenn es die Zeit zulässt: Der zweite westwärts beziehungsweise nach links abzweigende Forstweg endet nach 500 Metern mitten im Naturschutzgebiet Thymen, wo ein schmaler Fußweg einem naturbelassenen Bach folgt, dem Hegensteinfließ. Seehenswert ist hier der Laubmischwald, den Buchen, Eschen und Erlen bilden. Der Name Thymen soll aus dem Polabischen kommen, das die ab dem 7. Jahrhundert hier siedelnden westslawischen Stämme sprachen, und so viel wie Morast oder Sumpf bedeuten. Das passt.

Back on the track. Mit dem Thymensee taucht endlich der erste See der Tour auf. Baden darf man dort aber nicht, weil das Gewässer mitten im Naturschutzgebiet liegt, und es führen auch keine Wege ans Seeufer. Im Dörfchen Althymen folgen wir der einzigen asphaltierten Straße gen Westen und kommen bald in den Wald und kurzzeitig nach Mecklenburg-Vorpommern. In Dablow winkt die erste Bademöglichkeit: anderthalb Kilometer auf einem unbefestigten Stichweg zum Dablowsee (Liegewiese und Picknicktisch). Spektakulärer ist aber, die nächste Abzweigung nach Nordosten, den zwei Kilometer langen Stichweg zum Brückentensee, zu nehmen. Dort führt eine Holzbrücke auf die Herzinsel, wo zu DDR-Zeiten die Stasi ein Ferienheim betrieb. Heute gehört die Insel einem Hotelbetrieb, ist aber öffentlich zugänglich und verfügt über mehrere Badestellen.

Keine zwei Kilometer hinter dem Abzweig zum Brückentensee befinden wir uns wieder auf Brandenburger Territorium und an einer weiteren Badestelle, diesmal am Nordufer des Großen Kastavensees. Weiter geht es in Richtung Lychen, doch kurz hinter den letzten Häusern von Kastaven heißt es schon wieder anhalten. Denn nach Norden eröffnet sich nun die im August und September blühende Retzower Heide (Faustformel: 8. August bis 9. September). Wie die meisten anderen Heiden Brandenburgs hat auch sie eine Vergangenheit als Truppenübungsplatz. Heute halten Schafe die Fläche von Baumbewuchs frei. Auf dem sandigen Areal fühlen sich besonders Webspinnen wohl, von denen 17 verschiedene Arten nachgewiesen wurden.

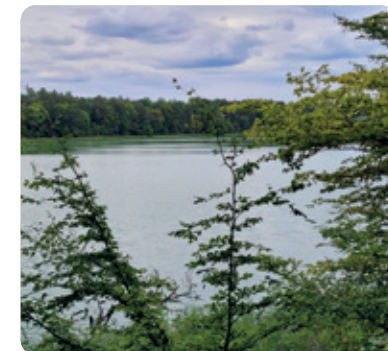
Hinter dem Straßendörfchen Retzow mit seiner Kirchenruine aus dem 13. Jahrhundert wartet am Wurlsee schon die nächste Bademöglichkeit. Abstei-

gen oder weiterstrampeln? Bis ins Zentrum der Uckermarkperle Lychen sind es jetzt nur noch zweieinhalb Kilometer. Lychens Lage an den sechs Seen brachte im frühen 20. Jahrhundert viele Auswärtige in die Kleinstadt. Nicht nur als Feriengäste, sondern auch als Patient*innen der 1902 zur Tuberkulosebehandlung eröffneten Heilanstalt Hohenlychen. Die Klinik hatte zwischen 1933 und 1945 eine makabre Doppelfunktion. Während Nazigrößen von Himmler bis zur Goebbels-Geliebten hier Wellnessaufenthalte genossen, nahmen nebenan SS-Ärzte tödliche Versuche an KZ-Häftlingen aus Ravensbrück vor. Nach dem Krieg nutzten Rote Armee und Post das Gelände, heute sind einige Gebäude saniert und bewohnt, während andere weiter verfallen.

Wir radeln nun die nach dem Sanatoriumsgründer benannte Pannwitzallee ortsauswärts Richtung Templin und stoppen kurz nach dort, wo das Hohenlychen-Gelände endet. Am Waldrand steht ein auffälliger Sakralbau, die ehemalige Anstaltskapelle. Die Sowjetarmee hatte sie als Treibstofflager genutzt, was der Inneneinrichtung nicht gut bekam. Weiter geht es über einen asphaltierten Radweg immer entlang des Ufers von Zenssee und Platkowsee durch einen hügeligen, naturnahen Buchenwald. Wir passieren Alt-Placht, biegen nach Gandenitz ab (Einkehrmöglichkeit), durchqueren den Templiner Stadforst und radeln das letzte Stück auf dem Neuplachter Weg über offene Felder zum Bahnhof Templin Stadt. sp

links: Retzower Heide zwischen Kastaven und Lychen

rechts: Platkowsee vom Radweg aus gesehen



Zwischen Lychen und Templin verläuft die Route über gut ausgeschilderte Radwege

Radtour ohne Abstecher: ca. 41 Kilometer

BUND UNTERSTÜTZEN

Mit Ihrer Mitgliedschaft im BUND und Ihrer Spende helfen Sie, politisch und finanziell unabhängige Umwelt- und Naturschutzarbeit in Berlin & Brandenburg zu sichern. Spenden und Erbschaften an den BUND sind zudem steuerlich begünstigt.

Mitglied werden: Einfach Formular online ausfüllen - www.mit Helfen.net

Spendenkonto
BUND Berlin
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE55 3702 0500 0003 2888 00
BIC: BFSWDE33BER

BUND Brandenburg
GLS Bank
IBAN: DE 24 4306 0967 1153 2782 00
BIC: GENODEM1GLS

Erbschaften an den BUND sind nach §13 ErbStG von der Erbschaftsteuer befreit. Fordern Sie unsere Infomaterialien an: erbschaftsratgeber@BUND-berlin.de

IMMER AUF DEM LAUFENDEN

BUND-Newsletter: www.BUND-berlin.de/service/newsletter

BUND-Berlin SIGNAL-Gruppe: www.BUND-berlin.de/signal

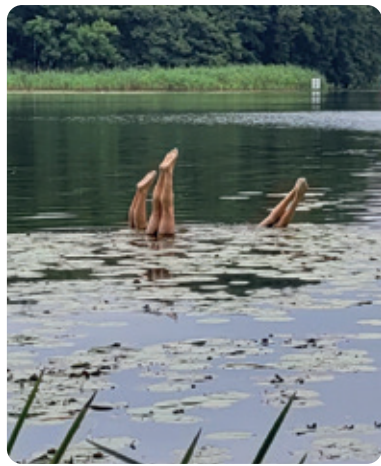
Weitere Social Media-Angebote sind auf unserer Webseite www.BUND-berlin.de www.BUND-brandenburg.de



Raus in die Wildnis, rein in Spiel und Spaß

Naturpädagogische Freizeiten für Kinder und Jugendliche im BUND-Naturschutzzentrum Schlaubemühle
Infos: www.BUND-brandenburg.de/schlaubemuehle oder 0331 70399712 (Denise Fregin)

Ökotipp: Freizeit am Wasser



Weg von den Seerosen bitte!
Foto: Sebastian Petrich

„Pack die Badehose ein, nimm dein kleines Schwesterlein und dann nüschst wie raus nach Wannsee!“ Neben dem Schwesterlein, falls vorhanden, sollte man noch etwas anderes nehmen, nämlich Rücksicht auf die Natur. Beschränken Sie sich auf offizielle Badeplätze und respektieren Sie Schutzgebiete. Falls Sie Ihren Hund mitnehmen, führen Sie ihn immer an der Leine, damit er keine nistenden Vögel aufschreckt.

Ob beim Schwimmen, Paddeln, Segeln oder Spaziergehen, immer gilt es großzügig Abstand zu Schilfgürteln zu halten. So schützen Sie den Lebensraum zahlreicher Pflanzen, Fische, Vögel und anderer Kleintiere. Auch seichte Gewässer, vor allem

solche mit Wasserpflanzen, sollten Sie meiden, weil dort Fische und Amphibien laichen. Das gilt auch für tiefere Bereiche, die auf der Oberfläche mit Pflanzen, etwa Seerosen, bedeckt sind. Als Faustregel für die Mindestwassertiefe beim Paddeln gilt: Das Paddel darf nicht auf Grund stoßen. Stand-up-Paddler*innen aufgepasst: Wasservögel nehmen die Silhouette schon aus mehreren hundert Metern als Bedrohung wahr. Wenn die Vögel flüchten, sollte man den Abstand vergrößern. Um nicht vor Ort von zu niedrigen Pegeln oder Wassersportverboten in Naturschutzgebieten überrascht zu werden, empfiehlt es sich, vorab den aktuellen Status der Gewässer zu checken, etwa mit der App www.canua.info.

Bevor Sie ins kühle Nass abtauchen, lohnt sich ein Blick auf die Inhaltsstoffe Ihrer Sonnencreme. Dabei hilft Ihnen die ToxFox-App des BUND. Viele Sonnenschutzmittel enthalten Mikroplastik und chemische Stoffe wie Octinoxat und Oxybenzon, die beim Baden ins Wasser gelangen und das Ökosystem schädigen. Die bessere Wahl sind mineralische Sonnencremes. Aber auch die können Nanopartikel mit noch ungeklärten ökologischen Auswirkungen enthalten. Produkte mit diesen Partikeln erkennen Sie am Kürzel „nano“ in der Liste der Inhaltsstoffe. Mit Blick auf die eigene Gesundheit ist es ohnehin das Beste, starke direkte Sonneneinstrahlung in der Mittagshitze ganz zu meiden. www.BUND.net/toxfox

WASSER IN ZAHLEN

Wie viel Grundwasser für den Braunkohletagebau in der Lausitz gefördert wurde

58 Mrd. m³ seit Mitte des 19. Jahrhunderts

Volumen der größten natürlichen Seen Brandenburgs

108 Mio. m³ Scharmützelsee
102 Mio. m³ Unteruckersee
77 Mio. m³ Parsteiner See
60 Mio. m³ Schwiellochsee

Wie viel Grundwasser 2022 in den drei Brandenburger Tagebauen gefördert wurde

104 Mio. m³ Jänschwalde (stillgelegt 2023)
8 Mio. m³ Cottbus Nord (stillgelegt 2015)
48 Mio. m³ Welzow Süd

Wer 2021 am meisten Oberflächenwasser in Brandenburg verbraucht hat

45 Mio. m³ LEAG für Braunkohlekraftwerk Jänschwalde
23 Mio. m³ EEW Premnitz (Müllverbrennung)
14 Mio. m³ PCK-Raffinerie Schwedt

Wie viel Wasser die privaten Haushalte in Berlin und Brandenburg durchschnittlich verbrauchen

43,8 m³ pro Einwohner*in und Jahr

Wofür Privathaushalte ihr Trinkwasser verwenden (bundesweiter Durchschnitt 2023)

36 % Baden, Duschen, Körperpflege
27 % Toilettenspülung
12 % Wäsche waschen
9 % Kleingewerbe
6 % Geschirr spülen
6 % Raumreinigung, Garten
4 % Essen, Trinken

Wo Berlin die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) umsetzen will

an 33 von 843

Wasserläufen und Stillgewässern

Von den WRRL-relevanten Berliner Gewässern verfehlen

97 % den angestrebten guten Zustand

Quellen: Umweltbundesamt, Landesregierung Brandenburg, Statistisches Landesamt Berlin-Brandenburg, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Gewässerverzeichnis Stand 2022)



Gewässeraufwertung am Fennpfuhl
Foto: BUND Berlin

Gewässer aufwerten

Die schlechte Nachricht kennen Sie schon aus dem BUND-Kleingewässerreport (Seite 3): Den Teichen und Tümpeln in Berlin geht ebenso wenig gut wie den größeren Gewässern; kein einziger Flusslauf oder See erreicht den guten Zustand, den die EU-Wasserrahmenrichtlinie verlangt. Die gute Nachricht aber ist: Hilfe ist unterwegs. Zusammen mit den anderen Partnern vom Bündnis „Wassernetz Berlin“ betreibt der BUND gewissermaßen Gewässerverbesserung von unten – wo der Staat passiv bleibt, wird die Zivilgesellschaft zur treibenden Kraft. Und das ganz konkret vor Ort.

17 Gewässer in allen zwölf Bezirken wertet das Wassernetz ökologisch auf. Das fängt immer mit einer Dialogveranstaltung am Gewässer an, bei der Anwohner*innen, Gewässeraktive sowie Vertreter*innen von bezirklicher Politik und Verwaltung nach Lösungen für die Probleme des jeweiligen Gewässers suchen. Wer weiß, vielleicht findet demnächst eine Dialogveranstaltung in Ihrer Nähe statt.

Aber es bleibt nicht beim Reden. Wo die Aktiven des Wassernetzes mit relativ einfachen Maßnahmen Verbesserungen schaffen können, tun sie das. Dazu brauchen Sie Unterstützung:

Packen Sie mit an!

Helfen Sie mit, Bäume, Sträucher und Röhricht zu pflanzen, betonierte Flächen zu begrünen und mithilfe von Kies, Sand und Totholz neue Lebensräume in den Gewässern zu schaffen! Wie, wo, was, wann: www.wassernetz-berlin.de/mitmachen



Impressum

Herausgeber

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Landesverband Berlin e. V.
Crellestr. 35 • 10827 Berlin
www.BUND-berlin.de



Kontakt

Tel. 030 787900-0
redaktion@BUNDzeit.de
anzeigen@BUNDzeit.de

Redaktion

Sebastian Petrich (sp)
Carmen Schultze (cs) V.i.S.d.P.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht zwingend die Meinung des BUND wieder.

Druck

Möller Pro Media GmbH
www.moellerpromedia.de

Gestaltung

www.sujet.de

Erscheinungsweise:
vierteljährlich, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten